



GÖTTINGER BLÄTTER

05.2014

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► 8. Mai: 69. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. An jenem 8. Mai hatte das Deutsche Reich vor den Truppen der Anti-Hitler-Koalition militärisch kapituliert. Damit endete nicht nur der Zweite Weltkrieg in Europa, sondern auch die 12-jährige Schreckensherrschaft des deutschen Faschismus, der durch ganz Europa eine Spur des Mordes und der Zerstörung gezogen hatte. Dem von Deutschland angeführten Krieg, der Shoa und der rassistischen Vernichtungspolitik der Nazis fielen europaweit mehr als 45 Millionen Menschen zum Opfer, darunter allein etwa 27 Millionen Bürger der Sowjetunion.

Noch bis in die letzten Kriegstage hinein hielt der Nationalsozialismus ein Netz von Konzentrations- und Vernichtungslagern aufrecht, welches er über die von ihm beherrschten Teile Europas gespannt hatte. Millionen von Menschen wurden darin ausgebeutet, gequält und ermordet – sei es wegen ihrer antifaschistischen Haltung, wegen ihrer jüdischen Herkunft, wegen ihrer ethnischen Herkunft (insb. die slawische Bevölkerung, die Sinti und die Roma), wegen ihrer sexuellen Orientierung, wegen körperlicher oder geistiger Behinderungen („Euthanasieprogramm“). Erst mit dem 8. Mai 1945 wurden auch die letzten Gefangenen, die in Konzentrationslagern und auf Todesmärschen um ihr Leben bangen mussten, befreit.

Gedenkveranstaltung zum 69. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

8. Mai 2014, 18:00h

am Mahnmal für die NS-Zwangsarbeiter (zwischen Lokhalle und Bahnhof Westausgang)

Veranstalter: VVN-BdA
Kreisvereinigung Göttingen

Der 8. Mai ist ein Tag des Sieges, der Befreiung, der Freude, aber auch ein Tag der Erinnerung an die Opfer dieses antifaschistischen Freiheitskampfes. Jedes Jahr am 8. Mai organisiert die Göttinger VVN-BdA eine öffentliche Gedenkveranstaltung, um all derer zu erinnern, die in der einen oder anderen Form Widerstand gegen den faschistischen deutschen Terror geleistet haben und damit ihren konkreten Anteil am Niederringen des Nazi-Regimes hatten. Erinnert wird an die Soldaten der Anti-Hitler-Koalition, an die Kämpfer der antifaschistischen Partisanenbewegung in den von Deutschland besetzten Gebieten und an den illegalen antifaschistischen Widerstand. Gedacht wird auch der Widerstandstätigkeit von NS-Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, dem bewaffneten Widerstand in den jüdischen Ghettos sowie der Arbeit der illegalen Antifa-Komitees in den Konzentrationslagern. Sie alle kämpften für eine neue Welt, in der nie wieder Platz für faschistische Ideologie oder für deutsches Herrenmenschentum sein sollte. Daher ist es auch uns Verpflichtung, was die befrei-

► 10. Mai: 81. Jahrestag der Bücherverbrennung

Bereits wenige Wochen nach der Machtübertragung an die Nazis kam es im März 1933 im Rahmen der Kampagne „Wider den undeutschen Geist“ zu einer systematisch vorbereiteten Verfolgung jüdischer, marxistischer, demokratischer und antimilitaristischer Schriftsteller. Organisiert und durchgeführt wurde diese Kampagne von der Deutschen Studentenschaft (dem Dachverband aller Studentenausschüsse), wo schon seit Juli 1931 der Nationalsozialistische Deutsche

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

8. Mai	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE. Niedersachsen	9
DIE LINKE. Europa	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Springer-Kampagne	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 06.2014
ist der 16. Mai.
Auslieferung am 22. Mai.

ten KZ-Häftlinge am 19. April gemeinsam auf dem Appellplatz schworen:

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Studentenbund (NSDStB) die Mehrheit stellte. Auch an der Göttinger Universität, wo traditionell ein stark antisemitisches, deutschnationales Klima herrschte, war es der NSDStB, der schon lange vor Hitlers Kanzlerschaft die Richtung vorgab.

Anfang April wurde folgendes bekanntgegeben: „Die Deutsche Studentenschaft plant anlässlich der schamlosen Greuelhetze des Judentums im Ausland

(...) weiter auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes— Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de - Email: vvn-goettingen@secarts.org

„Alles muss man selber machen!“

► Keine Stimme für Nazis, Rassisten und Rechtspopulisten!

Vom 22.- 25.Mai 2014 wird das Europäische Parlament gewählt, in Deutschland ist der Wahltag der 25.Mai. Neben dem Europaparlament in mehreren Bundesländern finden Landtagswahlen statt, dazu kommen die Kommunalwahlen. Bei vieler dieser Wahlen erhoffen sich rechtspopulistische und neo-faschistische Parteien Stimmen gewinnen zu können.

Besonders während des Wahlkampfes zu den Europawahlen sind verstärkt rassistische, nationalistische und chauvinistische Tendenzen zu erwarten. Europa weit kündigt sich ein dramatischer Schub für extrem rechte und rechtspopulistische Parteien an. In Deutschland steigt durch die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ und ihrem knapp verfehlten Einzug in den Deutschen Bundestag der Druck auf die etablierten, besonders die konservativen Parteien, wieder vermehrt im rechten Lager nach Stimmen zu fischen. Das äußerte sich schon frühzeitig

vor den Wahlen in der CSU-Hetze gegen das Inkrafttreten der Freizügigkeitsregelung mit Bulgarien und Rumänien, bei der mit den selben Platitüden über angebliche Masseneinwanderung in das deutsche Sozialsystem Angst gemacht betrieben wurde, wie sie auch von der „Alternative für Deutschland“ (AfD) vertreten werden. Neben der Hetze gegen MigrantInnen und Geflüchtete sind auch die Diskriminierung von Schwulen und Lesben zu Gunsten eines veralteten, konservativen Familienbildes und ein chauvinistischer Standortnationalismus die Themen, bei denen die AfD mit CDU/CSU um Stimmen im rechtskonservativem Spektrum konkurriert.

Die „Alternative für Deutschland“ ist die erste rechtspopulistische Partei, die es geschafft hat, in einem breiten Diskurs wahrgenommen zu werden und so auch Wählerstimmen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft auf sich

zu bündeln. Sie droht damit im etablierten Parteienspektrum die Lücke rechts der Unions-Parteien einzunehmen, die in der politischen Landschaft der Bundesrepublik bisher aus guten Gründen leer stand.

Durch den Wegfall der 3% Hürde ist nicht nur ein Einzug der AfD möglich, sondern es besteht die Gefahr, dass auch neo-faschistische Parteien wie die NPD es schaffen, genug Stimmen für einzelne Mandate im Europaparlament zu gewinnen.

Mit der Kampagne „Alles muss man selber machen“ wollen wir uns aktiv in den Wahlkampf rechter und rechtspopulistischer Parteien einmischen und uns entschlossen gegen rassistische und rechtspopulistische Stimmungsmache stellen. Gemeinsam werden wir Wahlkampfauftritte rechter Parteien stören und rechte Wahlkampfpropaganda aus dem Stadtbild entfernen und durch einen antifaschistischen Ausdruck ersetzen.

Informier dich auf der Kampagnenseite (www.selbermachen.noblogs.org) über Termine in deiner Umgebung, Veranstaltungen und hol dir Tipps und Tricks zum selber machen.

Aktiv gegen Nazis, Rassisten und Rechtspopulisten!

► Protest gegen SS-Verbände in Riga

Am 16. März 2014 protestierten Antifaschisten aus verschiedenen europäischen Ländern auf dem Freiheitsplatz in Riga gegen den geplanten Aufmarsch der SS-Veteranen und ihrer jungen Verherrlicher. Nachdem es noch am Vortag zu massiven und schikanösen Behinderungen gekommen war, trauten sich die lettischen Sicherheitskräfte nicht, dies am Sonntag zu wiederholen, da viele internationale Gäste und eine große Zahl von Pressevertretern anwesend waren.

Am Nationaldenkmal auf dem Freiheitsplatz legten die Antifaschisten, unter ihnen der Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) Vilmos Hanti, der Direktor des Simon Wiesenthal Zentrums Efraim Zuroff, Vertreter der Organisation „World Without

Nazism“ und Mitgliedsverbände der FIR aus verschiedenen Ländern, gemeinsam mit den lettischen SS-Gegnern Gebinde zu Ehren der Widerstandskämpfer und der Befreier Lettlands vom Faschismus nieder, bevor die SS-Veteranen ihren Aufmarsch starteten.

Unfreiwillig unterstützte die Polizei die Protestaktion, da sie die Antifaschisten an dem Platz festhielt, solange die Anhänger der SS vorbeizogen. Damit wurden die gut 1.000 Alt- und Neofaschisten mit den Transparenten der Antifaschisten, die diese in Lettisch und Englisch vorbereitet hatten, und den Fahnen der VVN-BdA, der FIR und anderer beteiligter Organisationen konfrontiert. „Dieser gemeinsame Protest gegen SS-Verherrlichung und Geschichtsfälschung ist ein wichtiges

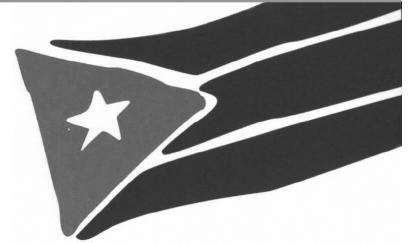
Signal europäischer Erinnerungskultur“, kommentierte Vilmos Hanti, Präsident der FIR, die Protestaktion.

► Jüdische Kultus- gemeinde umgezogen

Am 14. April hat die Jüdische Kultusgemeinde ihre neue, größere Synagoge in der Roten Straße 28 bezogen. Gleichzeitig wurden der Öffentlichkeit auch die Räumlichkeiten des künftigen koscheren und vegetarischen „Bistro Löwenstein“ der Gemeinde, das sich im selben Gebäude befindet, vorgestellt. Der Gastronomiebetrieb soll hier ab Mai beginnen. Wir wünschen auch auf diesem Wege der Jüdischen Kultusgemeinde viel Erfolg und freuen uns auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

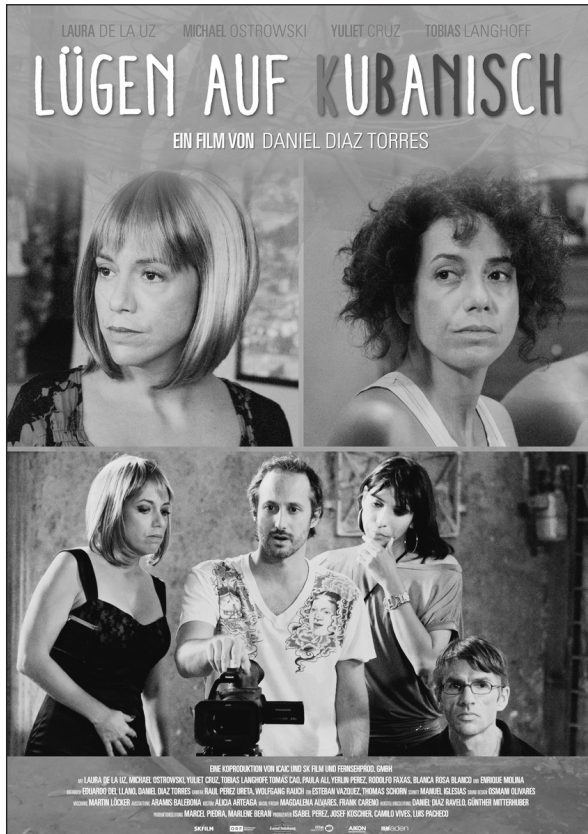


unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung Am Dienstag, den 06. Mai 2014

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



Filmvorführung am Sonntag 25. Mai um 20.00 Uhr

Die Hauptdarstellerin Laura de la Uz ist zu Gast im Lumiere. In Kooperation mit der Deutsch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft

Ana ist Schauspielerin und fristet ihren Unterhalt mit Rollen in drittklassigen Telenovelas. Die Gage reicht kaum zum Leben und ihre Motivation ist am Tiefpunkt angelangt. Durch Zufall kommt sie in Kontakt mit einem österreichischen Filmteam, das eine Dokumentation über Prostitution in Kuba drehen möchte. Die Aussicht auf gute Kohle beflügelt Ana, in die Rolle eines kubanischen Straßenmädchens zu schlüpfen und vor laufender Kamera aus dem Nähkästchen zu plaudern. Anfangs kann sie mit ihrem schauspielerischen Talent überzeugen, aber nach und nach kommen ihr die Produzenten und dann noch die eigene Familie auf die Schliche. Lügen haben eben kurze Beine - auch in Kuba ... Das bewährte Filmteam um Regisseur Daniel Díaz Torres und Drehbuchautor Eduardo del Llano („Kleines Tropicana“) haben mit ihrer eigenen Lügengebäude verstrickt. LA PELICULA DE ANA gewann beim Filmfestival von Havanna 2012 den Preis als Bester jüngsten Komödie nicht nur die Jury des renommiertesten Festivals Lateinamerikas überzeugt, sondern auch das Publikum. Der Film zeigt ungeschönt und dennoch humorvoll den Alltag und die Überlebensstrategie einer Frau (hervorragend Laura de la Uz), die sich in ihrem Kubanischer Film des Jahres, Laura de la Uz wurde als beste Schauspielerin ausgezeichnet.

Kuba 2012, 90 Min., OmU Regie: Daniel Díaz Torres D.: Laura de la Uz, Michael Ostrowski, Yuliet Cruz



Gioconda Belli liest eigene Texte Die Frau lebt nicht vom Brot allein

Unter den Dichterinnen Nicaraguas hat Gioconda Belli („Bewohnte Frau“) einen besonderen Rang. Keine andere Frau in Zentralamerika äußert sich heute so selbstbewusst und mit solch sprachlicher Kraft zu ihren Wünschen und Phantasien – seien diese politischer oder erotischer Natur. In ihren Texten vereint Gioconda Belli Sinnlichkeit mit intellektueller Erkenntnis.

Gioconda Belli ist hierzulande eine der meistgelesenen Autorinnen Lateinamerikas. Sie wuchs in Nicaragua auf, studierte in Spanien und den USA und schloss sich bereits in jungen Jahren der sandinistischen Befreiungsbewegung in Nicaragua an. Mit ihren Romanen „Bewohnte Frau“, „Tochter des Vulkans“, „Republik der Frauen“ und ihrer Autobiografie „Die Verteidigung des Glücks“ hat sie große Popularität gewonnen - berühmt ist sie aber auch für ihre Gedichte.

31. Mai 2014 19.00 Uhr
Altes Rathaus Göttingen

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

Ein anderes Europa ist möglich – Ein sozialistisches Europa ist nötig!



Vortrag und Diskussion mit Björn Schmidt

Mitglied des DKP-Parteivorstandes und Kandidat der DKP zur Europawahl,
ehem. SDAJ -Bundesvorsitzender

am 25. Mai 2014 – Dienstag, 12. Mai 19.00 Uhr,
Rotes Zentrum – Saal der RH, Lange Geismarstraße 3

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 29. April, 20.00 Uhr

Thema: Indien - Vielvölkerstaat – Gesellschaft im Umbruch?

Dienstag, 13. Mai, 20.00 Uhr

Themen: Aktuelle Diskussion zur Lage in der Ukraine, Wahlkampf zur EU-Wahl, Pressefest 2014

Dienstag, 27. Mai, 20.00 Uhr

Themen: Auswertung der Europawahl 2014, Die DKP- Göttingen & die Göttinger Linke

UZ-Pressesfest
Das Volksfest der DKP
27.-29. Juni 2014
Revierpark Wischlingen
Dortmund

Ich fahre zum Pressesfest weil:

... das ein tolles Fest mit entspannten, freundlichen Menschen ist, interessanten Büchertischen, Ständen und Veranstaltungen, die man so sonst nicht zu sehen bekommt ... **Elvira**

... die ganze linke Welt zusammen kommt. Eine Verbindung zwischen Kulturen und Menschen entsteht und das „Dazuzugehören“ erlebbar wird ... **Ferdi und Maiko**

... weil Mann/Frau durch die gelebte Solidarität neue Kraft und neuen Mut gewinnt, auch weiter für eine friedliche bessere Welt zu kämpfen... **Vera**

... man mit GenossInnen und anderen linken Menschen aus der ganzen BRD zusammen kommen kann. Bei Essensspezialitäten von Flensburg bis München und buntem Bühnenprogramm macht es echt Spaß dabei zu sein ... **Hendrik**

... das UZ-Pressesfest unser Fest der Solidarität ist, wie Mensch sie erleben kann in Portugal beim Avante- oder in Frankreich beim Humanité-Pressesfest ... **Hendrik**

... weil ich da immer die Kasse mache... **Gunnar**

**KAPITAL
BRAUCHT
WIDERSTAND -**

**WIDERSTAND
BRAUCHT
KAPITAL!**

UNTERSTÜTZE DIE **UZ** MIT DEINER SPENDE!

SPENDENADRESSE: DKP PARTEIVORSTAND, STICHWORT: UZ,
KONTO-NR. 4002 487 500, GLS BANK BOCHUM, BLZ 430 609 67

Coupon

UZ-Pressesfest

27.-29.06.2014
Revierpark Wischlingen
Dortmund



Die ersten fünf LeserInnen der
Göttinger Blätter erhalten ein
Freigetränk!

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Wir dokumentieren ein Flugblatt der Groner BürgerInneninitiative Antifaschismus, das zur Europawahl in Grone verteilt werden

► Liebe Gronerinnen und Groner,

seit den Europawahlen 1989 haben wir uns als Groner Initiative – „Nazis wählen? Nie! – an Sie gewendet, mit der Aufforderung keine neofaschistische oder rassistische Parteien zu wählen. Das wollen wir auch bei dieser EU-Wahl tun.

In vielen EU-Ländern müssen wir erleben, wie rechte Parteien mit platten Parolen Stimmung machen und mit Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit auf Stimmenfang gehen. Diese Stimmungsmache hat bei uns zu den Terroranschlägen der „NSU“ geführt; in anderen Länder kommt es zu offenen Angriffen gegenüber Migranten und Flüchtlingen.

Dem wollen wir entgentreten. Wenn Sie meinen, die jetzige Regierung aus SPD und CDU/CSU benötige einen Denkwort, fordern wir Sie auf, dass Ihre Unzufriedenheit mit der Großen Kollation Keine Stimmen für den braunen Sumpf ergeben.

Wir fordern Sie deshalb auf wählen Sie keine Parteien die:

- mit rassistischen Losungen und Programmen wie „Überfremdung“ oder „Durchrassung“ Wahlkampf machen
- ein dumpfes Volksgefühl predigen als Ersatz für Sozialleistungen und andere individuelle Rechte
- nicht an Problemursachen denken, sondern nur nach Polizei und totaler

Überwachung rufen und damit unser aller Freiheit bedrohen

- mit nationalistischen Losungen versuchen, uns einzureden, dass es unterschiedlich wichtige Menschen gäbe und wieder ein Mauer – diesmal um Deutschland herum – bauen wollen
- die wirklichen Probleme und Versäumnisse auf Sündenböcke abschieben wollen
- mit ihrem Frauen- und Familienbild die Benachteiligung von Frauen festschreiben und sogar bereits Errengenes wieder abschaffen wollen



Göttingen:
1. Mai 2014
Gute Arbeit.
Soziales Europa.

Demonstrationszug:
ab 10.30 Uhr
am Platz der Synagoge

Kundgebung:
ab 11.00 Uhr
am Rathausplatz

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Keine Versammlung im Mai

1. Mai 2014 Gute Arbeit – Soziales Europa

Unter diesem Slogan wird der DGB am 1. Mai in Göttingen, ab 10.30 Uhr am Platz der Synagoge den üblichen Demonstrationzug und ab 11.00 Uhr die Kundgebung am Rathausplatz durchführen.

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 12. Mai, 19 Uhr, Rotes Zentrum

Schwerpunkt: Wahlkampf und AfD (ein sachkundiger Referent ist angefragt)

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Donnerstag, 22. Mai, 18 Uhr bei Uli Maschke, Tulpenweg 2a, Dransfeld

OV Hann. Münden, Rosdorf und Bovenden

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern (vgl. Adressenspalte).

Treffen der Linksjugend solid

Jeder Mittwoch ab 18 Uhr im Roten Zentrum

Arbeitskreise:

Termine und Informationen bei den jeweiligen Ansprechpartnern der Arbeitskreise. (vgl. Adressenspalte).

Treffen und Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds. / Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Göttingen International Ethnographic Film Festival

Wie sieht die Stadt für eine Frau aus, die in Berlin vom Flaschensammeln lebt? Wie geht es einem kurdischen Flüchtling, der nach vielen Jahren in die Heimat zurückkehrt? Und wie lebt es sich in einem Dorf, in dem plötzlich alle Männer verschwinden? Diese und 55 weitere Einblicke in das Leben von Menschen in 38 Ländern dieser Erde gibt es vom **28. Mai bis 1. Juni in der Göttinger Paulinerkirche**. Das 12. Göttingen International Ethnographic Film Festival ist eine einmalige Chance für den Blick über den Tellerrand - und ein Gespräch mit Dokumentarfilmern. Alle Informationen unter www.gieff.de. Oder per Post: Göttingen International Ethnographic Film Festival e.V., Postfach 1711, 37007 Göttingen.

Stiftung und Club werden sich an einzelnen Veranstaltungen des Festival beteiligen!

passt auf

Frieden sichern,
Millionäre besteuern,
Altersarmut verhindern,
Beschäftigung schaffen,
Demokratie stärken.
www.hier-und-in-europa.de



Kreisverband Göttingen
Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: (0551) 49 56 66 80
kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Donnerstag, 14.30 bis 16.30 Uhr, Rotes Zentrum
(Keine Sprechstunde in den Ferien)

Newsgroup:

Anmeldung unter:
webmaster@die-linke-goettingen.de

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,
E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546
rosdorf@die-linke-goettingen.de

OV Adelebsen/Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,
E-Mail: adelebsen@die-linke-goettingen.de
oder bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Arbeitsgruppen:

AG Sozialpolitik: Patrick Humke,
Tel. 05 51-5 31 15 63,
patrick.humke@dielinke-goettingen.de

Ökologische Plattform:
Eckhard Fascher, Tel. 0160-91330457
Festnetz: 0551-40137061
eckhard.fascher@dielinke-goettingen.de

AG Betrieb & Gewerkschaft
Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

AG Netzpolitik
Uli Eberhardt
ag-netzpolitik@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,
37079 Göttingen, Tel. 0160-91330457
oder 0551-40137061
E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

Editorial Im April gab es auf Grund der Osterferien keine Ratssitzung. Hier ist unsere für die Ratssitzung im Mai vorbereitete Anfrage zur Trinkwasserversorgung in Göttingen und einige Informationen zu den Hintergründen, die diese Anfrage notwendig machen.

Fraktion Göttinger Linke
Neues Rathaus, Zi. 196
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
tel 05 51-4 00 24 99
fax 05 51-4 00 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de
www.die-linke-goettingen.de

Anfrage zur Trinkwasserversorgung in Göttingen

Mit deutlicher Betroffenheit haben wir davon Kenntnis nehmen müssen, dass sieben von elf kommunalen Anteilseignern der Harzwasserwerke ihre Anteile verkaufen wollen und damit einer möglichen Privatisierung der Wasserversorgung Vorschub leisten.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche unmittelbaren/direkten und mittelbaren Auswirkungen können die oben genannten und geplanten Anteilsverkäufe auf die Wasserversorgung der Göttinger Bevölkerung haben?
2. Auf welche Art und Weise ändern sich die vertraglich vereinbarten Konditionen für die Stadt Göttingen?
3. Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass die Wasserversorgung für die Bürgerinnen und Bürger ein Grundrecht ist, das nicht betriebswirtschaftlichen Überlegungen oder privatrechtlichen Interessen unterworfen werden darf?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Stadt Göttingen, im Sinne kommunaler Daseinsvorsorge die Harzwasserwerke in öffentlicher Hand zu behalten?
5. Was können Rat und Verwaltung – über einen reinen Appell hinausgehend – aus Sicht der Verwaltung für die Sicherung einer qualitativ hochwertigen und für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbaren Wasserversorgung tun?
6. Wie beurteilt die Verwaltung die Sinnhaftigkeit und die Möglichkeiten zur Gründung eines regionalen Wasserbeirates?

Hintergründe

„Die Harzwasserwerke GmbH mit Sitz in Hildesheim ist der größte Wasserversorger in Niedersachsen und gehört zu den zehn größten Wasserversorgern in Deutschland. Sie liefert jedes Jahr rund 90 Millionen Kubikmeter Wasser an ihre Kunden. Neben der Trinkwasserversorgung sind der Hochwasserschutz und die Niedrigwasseraufhöhung wichtige Aufgaben der Harzwasserwerke GmbH.“
(Quelle: <http://www.harzwasserwerke.de/>; 16.04.14)

Von den elf Anteilseignern der Harzwasserwerke sind nur drei nicht gleichzeitig Kunden. Dass die meisten Anteilseigner auch Kunden sind, garantiert deren Einfluss im Sinne der Verbraucher/innen. Aktuell ist es jedoch so, dass sieben der elf Anteilseigner ihre Anteile verkaufen wollen, was Möglichkeiten für private Investoren eröffnet.

Die Stadtwerke AG Göttingen hält 6% der Anteile und bezieht 80% der gesamten Trinkwasserversorgung von den Harzwasserwerken (HWW). Die hohe Qualität und bezahlbare Preise des Trinkwassers sind nur dann zu gewährleisten, wenn die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand verbleibt.

Mögliche Gründe für die Kündigungen sind steigende Kosten. Da den kommunalen Anteilseignern bei der Veräußerung (1996) auch die Aufgaben des Hochwasserschutzes und der Instandhaltung des Harzer Wasserregals übertragen wurden, müssen diese stets steigenden Kosten gedeckt werden und zwar nach Möglichkeit ohne dabei die Verbraucher weiter zu belasten, was letztlich unrentabel ist.

Die Grünen und die GÖLINKE Ratsfraktion stellen hierzu einen gemeinsamen Antrag für die Sitzung des Rates der Stadt Göttingen im Mai. Die Gesellschafterversammlung der HWW tagt im April und der Göttinger OB Meyer wurde gebeten, in Abstimmung mit anderen Kommunen bereits auf der Gesellschafterversammlung im Sinne des Antrags (HWW in kommunaler Hand belassen) zu handeln.

Vertraglich geregelt sind ein Vorkaufsrecht des Landes Niedersachsen und auch die Zustimmungspflicht. Es gibt also noch Möglichkeiten, die Privatisierung der Trinkwasserversorgung zu verhindern, nun ist die Landesregierung in der Pflicht.

Die Göttinger Linke Ratsfraktion wird sich dafür einsetzen, ein so elementares Gut wie Trinkwasser zwingend in kommunaler Hand zu halten. Die Entwicklung der Energieversorgung – erst veräußert, dann (mit Verlusten) zurück gekauft – gibt Anlass zur Hoffnung, dass sich im Falle der HWW alle Fraktionen einig sein werden.

▶ Ich wähle Eckhard Fascher, weil ...

Gefragt, warum ich eine Kandidatur Eckhard Faschers als Kandidat der Wähler/innengemeinschaft Göttinger Linke unterstützt habe und ihn auch wählen werde, gibt es vorrangig drei Punkte, die mich bewegen haben, dies zu tun.

Erstens: Sein Auftreten gegen Neonazis und Fremdenhass. Seit 1999 lebe ich in Göttingen und habe mich aktiv an Aktionen beteiligt, um das Aufmarschieren der NPD und anderer Neonazis zu verhindern. Sowohl bei den Bündnisgesprächen als auch bei Gegendemonstrationen war Eckhard Fascher aktiv dabei. Dort zeigte er auch eine Toleranz gegenüber unterschiedlichen Meinungen, doch diese hatte eine Grenze bei den neofaschistischen Parolen der Rechten. Sein ganz konkreter Einsatz für Menschenrechte und eine humane Migrationspolitik wird um so glaubwürdiger, wenn ich an seine Tätigkeit als Entwicklungshelfer denke.

Zweitens: Beobachte ich, dass sein Einsatz im Kreistag für sozial benachteiligte und ausgegrenzte Bürger deutlich wird. Dieser Einsatz zieht sich durch seine Tätigkeit als Abgeordneter im Kreistag.

Drittens: Eckhard Fascher verurteilte in vielen Gesprächen und Diskussionen eine Politik, die in den 50er und 60/70er Jahren zur Verfolgung von anders Denkenden und zu Berufsverboten führte. Dies sind nur einige der Punkte, die Eckhard Fascher qualifizieren als OB-Kandidat anzutreten.

Peter Dürrbeck

Ich wähle Eckhard Fascher, weil ...

ich, als Groner Bürgerin, tagtäglich hautnah sehe und miterlebe, wie meine engsten Nachbarn – dazu zählen viele Menschen verschiedener Nationalitäten und aus allen sozialen Schichten – in der Regel auf engem, wenn nicht engstem, Raum so zusammen leben und mit welchen Problemen sie häufig zu tun haben (lange Arbeitslosigkeit, wenig/ keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt, viel zu kleine oder nicht bezahlbare Wohnungen). Daher finde ich es ganz wichtig, dass es zur „braven Mainstream-Politik“ der „herkömmlichen“ Parteien einen starken und kompetenten Gegenpol in Person von Eckhard Fascher gibt. Eckhard Fascher kennt sich aufgrund jahrelanger kommunalpolitischer Erfahrungen bestens mit Themen wie Flüchtlings- und Wohnungspolitik in Göttingen aus.

Sylke Hamoudi, Verw. Angestellte, Groner

Ich wähle den Oberbürgermeister-Kandidaten der Göttinger Linken Eckhard Fascher, da:

er sich aktiv für den Klimaschutz und somit für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einsetzt,

er den sogenannten „Zukunftsvertrag“ ablehnt und damit für die Aufhebung der Deckelung der freiwilligen Leistungen eintritt und sich für eine ausreichende Förderung von sozialen, kulturellen und ökologischen Initiativen in Göttingen engagiert.

Regina Nebel,

Vorsitzende der NaturFreunde Göttingen

Dr. E. Fascher ist mein Kandidat für die Oberbürgermeisterwahl in Göttingen,

weil er in seinen politischen Funktionen konsequent antifaschistische Positionen vertritt. Als Mitglied des Schulausschusses im Landkreis tritt er für die Einführung von Integrierten Gesamtschulen ein, um das Bildungsangebot auch über die Stadtgrenzen hinaus attraktiv zu gestalten. Im Grundschulbereich setzt er sich für die Erweiterung des verbindlichen Ganztagsunterrichts ein, um allen Kinder eine umfassende Betreuung zu ermöglichen.

Rolf Ralle

Dr. E. Fascher steht für mich für langjähriges Engagement nicht nur im kommunalpolitischen Bereich, sondern auch in der intern. Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des globalen Südens.

Er hat uns kompetent bei Veranstaltungen und Projekten unterstützt und auch seine Erfahrungen, die er selber in der Entwicklungszusammenarbeit mit dem DED in Mozambique hat machen können, eingebracht. Diese Unterstützung leistete er auch zu Zeiten, als damit noch keinerlei politisches Mandat verbunden war.

Ja, als Privatperson und auch als Vorsitzende des Nicaragua-Vereins unterstütze ich seine Kandidatur und wähle ihn, da ich sicher bin, dass er auch als Oberbürgermeister der Stadt Göttingen sich unserer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den Ländern des Südens bewusst sein wird.

Anna Leineweber

Warum ich Dr. Eckhard Fascher wählen werde? Ich antworte mit einer kleinen Geschichte:

Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft
 GöLinke**

Rotes Zentrum,
 Lange Geismarstraße 2
 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
 E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
 Thomas Bahrs, Doreen Wohlrab,
 Helmut Nebel, Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon 05 51-4 00 24 99
 Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
 Mittwoch, 13-16.30 Uhr
 Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
 Patrick Humke
 Civar Akad

**Mitgliederversammlung der Wähler-
 Innengemeinschaft Göttinger Linke:**

Mo., 26. Mai 2014, 19.00 Uhr,
 Rotes Zentrum, Lange Geismar Str. 3
 Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Begrüßung, Formalia
2. Pol. Auswertung der OB Wahl, Entscheidung über einen Aufruf in einer Stichwahl
3. zukünftige Arbeit der Fraktion
4. Verschiedenes

Bis vor einigen Jahren gab es in der Göttinger Innenstadt ein kleines Programm kino. Dort bin ich gern hingegangen, um Filme zu sehen, die es sonst in Göttingen nicht zu sehen gab, nicht im CinemaxX, auch nicht bei der FKI. Dann kam ein selbstloser Ritter der Bereicherung, sein Titel war „Investor“; der erwarb in tapferem Ringen das Haus, und dann warf er alles raus: einen alteingegangenen Buchladen, eine nette Kneipe und das kleine Programm kino.

Seit nochvielmehr Jahren gehört der Stadt eine alte Baptistenkirche. Dort will das kleine Programm kino eine neue Heimat finden. Und wieder reitet ein ehrenreicher „Investor“ ein und möchte unerschrocken dieses Haus von der Stadt erwerben, auf daß es auch dort kein kleines Programm kino geben möge.

Auch deshalb wähle ich Dr. Eckhard Fascher, der als Oberbürgermeister die alte Baptistenkirche nicht den Raubrittern überlassen wird. **Peter Strathmann**

Linke Bundestagsabgeordnete aus Niedersachsen stimmen mit Nein:

▶ Kontroverse Debatte über das Votum zum Bundeswehreinsatz bei Chemiewaffen-Vernichtung

Presseerklärung Herbert Behrens, MdB vom 10. April 2014

Zweimal beriet die Bundestagsfraktion darüber, wie sich die Fraktion zu dem Antrag der Bundesregierung verhalten soll. Enthaltung, Ablehnung oder gar Zustimmung waren als Voten im Gespräch. Fraktionschef Gysi empfahl, mit einer Enthaltung zu einem einheitlichen Abstimmungsverhalten der Fraktion zu kommen. Aufgrund der auseinandergelassenen Einschätzungen über den Charakter des Bundeswehreinsatzes setzte sich dieser Vorschlag nicht durch. In der Sitzung am Montag verständigte sich

die Fraktion darauf, unterschiedliche Voten zu respektieren.

Heute, am Mittwoch, wurde entschieden: Die Linksfraktion stimmt mehrheitlich mit 35 Stimmen gegen den Einsatz, 19 enthalten sich und 5 GenossInnen stimmen dem Einsatz zu.

Die Stimmenverteilung insgesamt: Abgegebene Stimmen insgesamt: 588, Ja-Stimmen: 534, Nein-Stimmen: 35, Enthaltungen: 19. Zusätzlich brachte unsere Fraktion einen Entschließungsantrag ein,

mit dem ein Verbot des Export von Produkten gefordert wird, die auch zur Waffenproduktion verwendet werden können (dual-use-Produkte). Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Antrag mit dem Titel „Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am maritimen Begleitschutz bei der Hydrolyse syrischer Chemiewaffen an Bord der CAPE RAY im Rahmen der gemeinsamen VN/OVCW-Mission zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen“ ist.

▶ Es macht einfach nur traurig und wütend!

Presseerklärung Pia Zimmermann, MdB vom 16. April 2014

Pia Zimmermann, niedersächsisches Mitglied des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag erklärt: „Nach dem Tod eines ghanaischen Flüchtlingsbaby im Kinderkrankenhaus auf der Bult in Hannover sind meine Gedanken und meine Anteilnahme bei der Mutter des verstorbenen Säuglings. Ich wünsche ihr viel Kraft. Der tragische Tod des einmonatigen Babys einer Asylbewerberin aus Ghana macht auf dramatische und eindringliche Weise deutlich, dass die eingeschränkte Krankenversorgung für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge

unerträgliche Risiken mit sich bringt. Niedersachsen muss endlich seinen Umgang mit Flüchtlingen ändern und nach dem Bremer Vorbild eine bundesweite Krankenversicherungs-Chipkarte für Flüchtlinge einführen. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung darf nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig sein!“

Die Wolfsburgerin Pia Zimmermann weiter: „Eine Schuldfrage kann bereits geklärt werden. Die menschenrechtswidrige Asylpolitik in Deutschland und Niedersachsen trägt die Hauptverantwortung für solch entsetzliche Geschehnisse. Ich

fordere die vollständige Aufklärung und Konsequenzen aus diesem Vorfall. Rot Grün in Niedersachsen hat es versäumt, eine Krankenversicherungskarte für eine medizinische Versorgung nach §§ 4 und 6 Asylbewerberleistungsgesetz, einzuführen. Ich kann die Landesregierung nur erneut auffordern, sofort einen Vertrag mit der AOK und anderen Krankenkassen abzuschließen und eine Krankenkassenkarte auch für Flüchtlinge auszugeben, damit niemand mehr im Notfall abgewiesen wird. Falls die niedersächsische Landesregierung eine Vertreterin der Interessen von Flüchtlingen gegenüber der AOK oder anderen Krankenkassen benötigt, biete ich gerne meine Hilfe an. Flüchtlinge müssen bei der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland endlich gleichgestellt werden!“

▶ DIE LINKE: Stromsteuern alleine senken hilft nicht viel weiter

Presseerklärung Dorothée Menzner als energiepolitische Sprecherin des Landesvorstandes vom 1. April 2014

Dorothée Menzner: Vorstoß des SPD-Ministerpräsidenten zu halbherzig. Linke fordern vor allem eine wirkungsvolle Strompreiskontrolle, „damit die Milliardenprofite der

Konzerne nicht zu Lasten der Privathaushalte gehen.“

Die energiepolitische Sprecherin im niedersächsischen Landesvorstand der

Linken bezeichnet den Vorstoß des SPD-Ministerpräsidenten Stephan Weil als „völlig unzureichend“. Damit die Energiewende wirklich „sozial wird und nicht diejenigen, die auf jeden Cent achten müssen die Zeche zahlen“, befürwortet Menzner neben der Absenkung der Stromsteuer eine Reihe weiterer Maßnahmen, um den Strompreis für Privathaushalte unter Kontrolle zu halten.

(...) Fortsetzung auf Seite 11

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

Ukraine:

▶ Eskalationspotenzial in alle Richtungen

Von Sabine Lösing

Eines gleich vorweg: Es gab sicherlich absolut nachvollziehbare Gründe, dass viele Menschen in der Ukraine mit der korrupten Regierung von Wiktor Janukowitsch unzufrieden waren und gegen sie auf die Straße gingen. Und auch der bislang letzte Akt in diesem Drama, die russische Annexion der Krim-Halbinsel, stellt einen klaren Bruch des Völkerrechts dar, der nicht einfach kritiklos hingenommen werden sollte. Deshalb darf aber noch lange nicht der Fehler begangen werden, Aktion und Reaktion zu verwechseln: Schließlich war es der Westen, der mit seiner aggressiven Expansionspolitik nach Osten in Russland verständliche Einkreisungängste schürte. Vor allem aber die amerikanisch-europäische Politik in der Ukraine selbst musste in Moskau sämtliche Alarmglocken angehen lassen – schließlich haben westliche Geopolitiker das Land schon lange als Schlüsselstaat auserkoren, dessen Kontrolle als ein wichtiger Baustein zur dauerhaften Schwächung Russlands gilt.

Im Zentrum der Auseinandersetzung steht das Assoziationsabkommen zwischen der Ukraine und der EU. Offiziell sollen damit Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft gefördert werden. Tatsächlich wird damit aber darauf abgezielt, neoliberale „Reformen“ und die Integration in den westlichen Block zu forcieren. Es war die Entscheidung von Janukowitsch im November 2013, die Verhandlungen um dieses Abkommen auf Eis zu legen, die dann zu einer Eskalationsspirale und zu einer der schwersten Krisen im westlich-russischen Verhältnis seit dem Ende des Kalten Krieges führte.

Dabei waren die Bedenken der Janukowitsch-Regierung absolut nachvollziehbar: Das Abkommen würde von der Ukraine verlangen, nahezu sämtliche Schutzmaßnahmen abzuschaffen, wodurch die heimischen Unternehmen der übermächtigen europäischen Konkur-

renz weitgehend schutzlos ausgeliefert wären. Versuche, bessere Bedingungen auszuhandeln, wurden von der EU kategorisch abgelehnt, während Russland beträchtliche Vergünstigungen in Aussicht stellte, was die damalige ukrainische Regierung dann dazu veranlasste, den Verhandlungsprozess abzubrechen. Die anschließend einsetzenden Proteste wurden maßgeblich von einer „Zivilgesellschaft“ in Gang gesetzt, die seit Jahren mit dicken Schecks aus Washington und Brüssel (und natürlich aus Berlin) angefüttert wurde. Vor allem riss dann aber schnell ein Dreierbündnis die Führung der Maidan-Proteste an sich, das mit jeglicher fortschrittlichen Perspektive für das Land vollkommen unvereinbar ist.

Von den USA wird dabei vorrangig die Partei Julia Timoschenkos („Batkiwschtschina“) unterstützt, während sich Deutschland in Form der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung insbesondere um „Udar“, die Partei des ehemaligen Box-Weltmeisters Witali Klitschko, „verdient“ gemacht hat. Beide Parteien haben eine dezidiert pro-europäische Ausrichtung und sind assoziierte Mitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Zusammenschluss der konservativen Parteien auf EU-Ebene. Die dritte Partei im Bunde war die rechtsradikale „Swoboda“ mit Oleg Tjagnibok an der Spitze, die im Mai 2013 vom Jüdischen Weltkongress als neonazistisch eingestuft wurde. Zusammen mit dem sog. „Rechten Sektor“ stellten diese Kräfte die Speerspitze der militanten Proteste, ohne die der Sturz Janukowitschs wohl undenkbar gewesen wäre. Und hier liegt wohl auch der Grund dafür, dass sich westliche Politiker zur Unterstützung der Proteste mit den Anführern aller drei Parteien ablichten ließen und somit bewusst auch die Faschisten hofierten.

Nach dem Sturz von Janukowitsch bildete sich eine Übergangsregierung, die weitgehend von der Timoschenko-Partei kontrolliert wird, aber auch zahlreiche Ministerposten an Mitglieder der rechts-

**Europabüro
Göttingen**

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr

radikalen „Swoboda“ vergab. „Udar“ blieb dagegen außen vor, was darauf hindeutet, dass sich die USA im internen westlichen Duell gegen Deutschland vorläufig durchsetzen konnten. Nachdem Witali Klitschko bekanntgab, doch nicht bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25.5.14 kandidieren zu wollen, ist weiterhin noch Julia Timoschenko im Rennen, die durch regelrechte Hasstiraden gegen Russland von sich reden gemacht hatte. Aussichtsreicher scheint aber aktuell der steinreiche „Schokoladenkönig“ Petro Poroschenko zu sein, der die Proteste als einziger Oligarch von Anfang an unterstützt hatte. Auch er spart nicht mit scharfen Worten gegenüber Russland und sprach sich etwa für einen NATO-Beitritt seines Landes aus.

Absehbar ist somit schon jetzt, dass der von der Übergangsregierung eingeschlagene Westkurs auch nach den Wahlen fortgesetzt werden dürfte. Die Mehrheit in den eher pro-russisch geprägten östlichen Landesteilen dürfte sich kaum mit einer dauerhaften Integration des Landes in die westliche Einflussosphäre abfinden. Schon jetzt kommt es zu zahlreichen, auch gewaltsamen Protesten in vielen Städten der Region. Von einer – auch von Moskau wohl befürworteten – Neutralität und einer Föderalisierung des Landes will man im Westen und in der ukrainischen „Regierung“ aktuell aber nichts wissen.

Gleichzeitig sollen „schmerzhafte Eingriffe“ – Rentenkürzungen, drastische Erhöhungen der Energiepreise etc. – zu Lasten der armen Bevölkerungsschichten vorgenommen werden, um den Haushalt zu konsolidieren. Damit wird weiter Öl in eine ohnehin brandgefährliche Situation gegossen und den rechtsradikalen Kräften ein fruchtbarer Boden bereitet. Der Westen wird die Geister die er rief womöglich nicht so schnell wieder loswerden.

► Wahlkampftermine und Aktionen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es ist wieder soweit, die Europawahl und auch (Ober)Bürgermeisterwahlen stehen vor der Tür. Es ist Wahlkampf und dabei werden viele helfende Hände benötigt. Das ist die Gelegenheit auch für nicht so aktive Mitglieder einen wirkungsvollen Beitrag dazu zu leisten, dass wir hoffentlich am 25. Mai gute Ergebnisse feiern können.

Mithelfen kann jeder und jede, dazu muss mensch nicht Mitglied unserer Partei oder der Göttinger Linke sein. Wie bei jeder Wahl gilt es auch diesmal Infostände und Veranstaltungen durchzuführen, Plakate zu kleben (bzw. Easyplates aufzuhängen) und Infomaterialien in Briefkästen zu ‚stecken‘.

Infostände

Am 1. Mai und jeden Samstag, vom 26. April bis zu 24. Mai wird es in Göttingen, Dransfeld und Hann. Münden Infostände geben, sowohl zur Europawahl als auch zu den jeweiligen (Ober-) Bürgermeisterwahlen. **Die Infostände finden jeweils von ca. 10 bis 14 Uhr statt.**

Göttinger Innenstadt, nahe Gänseliesel: mit Dr. Eckhard Fascher, OB-Kandidat der Göttinger Linke.

Hann. Münden, Fußgängerzone: mit Bürgermeisterkandidatin Anne Freimuth.

Dransfeld, vor REWE: mit Bürgermeisterkandidatin Sissi Spiegler

Weitere Stände sind möglich.

„Steck“-Aktionen

Wie jeden Wahlkampf stellt uns die Partei eine Wahlzeitung zur Verfügung, dazu kommen noch Flyer, vor allem der mit unserem Kandidaten. Nur ein geringer Teil davon wird für die Infostände verwendet; für den überwiegenden Anteil sind wir auf engagierte GenossInnen angewiesen, die diese Materialien direkt in die Briefkästen unserer WählerInnen befördern. Da DIE LINKE die einzige Partei im Bundestag ist, die keine Großspenden von der Industrie bekommt, können wir, anders als CDU/SPD/GRÜNE/FDP nur sehr selten Postwurfsendungen bezahlen, und in diesem Wahlkampf leider gar nicht.

Wichtiger Hinweis: Schon im Bundestagswahlkampf 2013 wurde auf ein Gerichtsurteil hingewiesen, nach dem die

bekanntes ‚Bitte keine Werbung‘-Schilder an Briefkästen auch bei Wahlkampfmaterialien zu berücksichtigen sind. Aus rechtlichen Gründen wiederholen wir diesen Hinweis noch mal.

Zentrale Verteilaktion am 10. Mai:

Um die Infomaterialien zu verteilen findet **am 10. Mai eine zentrale Verteilaktion statt.** Ab 10 Uhr sollten die Wahlzeitungen und OB-Flyer im Roten Zentrum abgeholt werden. Am Abend findet dann ein gemeinsamer Ausklang mit Grillen und sonstigen Genüssen statt.

Plakate

Am sichtbarsten im Wahlkampf sind natürlich die Plakate, die seit Ende April im ganzen Landkreis angebracht sein sollten. Teilweise sind sie auf bereit gestellten Plakataufstellern angekleistert worden, so in der Stadt Göttingen, teilweise sind sie, als sogenannte ‚Easyplates‘ und Pappen an Laternenpfählen und ähnlichen befestigt worden, so in Hann. Münden und Dransfeld

Wenn ihr irgendwo Plakate seht, die abgerissen, beschmiert oder beschädigt sind, meldet dies bitte über die unten angegebenen Kontaktinformationen.

Im Idealfall schafft man es sogar, die Route, auf der mensch plakatiert hat, noch mal abzufahren und zu überprüfen. Nachplakatieren ist fast immer sinnvoll. Die Göttinger Umgebung, das Eichsfeld oder auch die Weser sind doch Ausflüge wert.



Das Wahlwochenende 24./25. Mai und Wahlfete:

Am 24. Mai gibt es dann nicht nur das letzte Mal Infostände im Wahlkampf, sondern auch noch den Endspurt, den 24 – Stundenwahlkampf; näheres dazu findet ihr zeitnah auf der Homepage.

Und natürlich nicht vergessen: Am Sonntag wählen gehen. **Die Wahllokale haben von 8 bis 18 Uhr geöffnet.**

Ab 17: 45 Uhr findet dann im Roten Zentrum die Wahlfete statt.

Ich will helfen – wie nehme ich Kontakt auf?

Ganz wichtig: Insbesondere für die ‚Steck‘-Aktionen, aber auch für die Infostände, werden möglichst viele engagierte GenossInnen benötigt. **Wer sich dafür anmelden will, kann dies am einfachsten per Telefon unter 0551-49566680 oder mit einer E-Mail an kreisverband@dielinke-goettingen.de tun.**

.....
(...) Fortsetzung von Seite 9

Dazu gehört für DIE LINKE vor allem eine wirksame Strompreiskontrolle, einheitliche Netzentgelte und die Abschaffung ungerechtfertigter Industrierabatte. Für Privathaushalte sollten zudem Stromsperrern verboten und durch eine Abwrackprämie der Umstieg auf stromsparende Geräte gefördert werden. Menzner setzt sich dafür ein, dass Bund und Länder geeignete Maßnahmen ergreifen, um eine „kalte Vertreibung von Altmietern nach einer energetischen Sanierung zu verhindern.“ Die jetzigen Regelungen führten gerade in Ballungszentren zu einem Mietkostenanstieg, der durch sanierungsbedingte Einsparungen bei der Heizkostenabrechnung nicht aufgefangen werden könne, so Menzner.

(...) Fortsetzung von Seite 1

eine vierwöchige Gesamtaktion gegen den jüdischen Zersetzungsgestalt und für volksbewußtes Denken und Fühlen im deutschen Schrifttum.“ Die Kampagne sollte am 12. April mit dem öffentlichen Anschlag von 12 Thesen „Wider den undeutschen Geist“ beginnen und am 10. Mai mit reichsweit durchgeführten, öffentlichen Bücherverbrennungen enden. Fast 100 Namen fanden sich zum Zeitpunkt der Bücherverbrennung auf der Liste verfeindeter Autoren; im Laufe der Jahre wurde diese Liste ständig erweitert und umfasste schlussendlich mehrere hundert Autoren.

In Göttingen begann die Bücherverbrennung mit einer abendlichen Kundgebung vor dem Audimax, wo der neue

Nazi-Rektor der Universität, Prof. Friedrich Neumann, die Eröffnungsrede hielt. Anschließend marschierte der aus SA, SS, deutschnationalem Stahlhelm und studentischen Verbindungen bestehende Gespensterzug zum Adolf-Hitler-Platz (dem heutigen Albaniplatz). Dort befand sich bereits ein aus Schriften aufgetürmter Scheiterhaufen, auf dessen Spitze als eine Art Trophäe ein Pappschild mit der Aufschrift „Lenin“ gepflanzt worden war. Unter Hetzsprüchen und Gejohle wurde der papierne Berg in Brand gesetzt.

Heute befindet sich am Albaniplatz eine Gedenktafel mit einem Ausspruch Heinrich Heines: **„Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.“**

10. Mai 2014

11:00 Uhr: Gedenkstunde vor der Albanischschule (Albaniplatz 1)

Redebeiträge von Frank Möbus und Gabriele Andretta.

Musikalisches Rahmenprogramm vom Chor der Albanischschule.

18:00 Uhr: Verbrannt, verbannt – doch nicht vergessen: Überparteiliche Gedenkveranstaltung

Eine Lesung aus Texten der am 10. Mai 1933 verbrannten Literatur in der Albanischschule (Albani-Platz 1), so u.a. aus den Schriften von Erich Mühsam, Ludwig Renn, Erich-Maria Remarque, Theodor Lessing und Stefan Zweig.

Veranstalter: Jusos Göttingen

▶ Hände weg von unseren Panzern!

Die Berliner Springer-Blätter „Bild“ und „BZ“ haben eine Kampagne gegen das sowjetische Ehrenmal am Berliner Tiergarten gestartet. Tenor: „In einer Zeit, in der russische Panzer das freie, demokratische Europa bedrohen, wollen wir keine Russen-Panzer am Brandenburger Tor!“

Anlass für diesen Rückfall in die finsternen Zeiten des Kalten Krieges ist die Lage in der Ukraine, in der ein nicht demokratisch legitimes Regime unter Beteiligung von Faschisten begonnen hat, Soldaten gegen die Bevölkerung in den östlichen Landesteilen in Marsch zu setzen. Diese wehren sich gegen die rassistische Politik weiter Teile der neuen Machthaber in Kiew. Ihnen droht sonst das Schicksal der russischstämmigen Bevölkerung in den baltischen Staaten, die von den Regierungen Lettlands, Estlands und Litauens für staaten- und rechtlos erklärt worden ist. Für Springer sind solche Zustände Ausdruck des „demokratischen Europa“.

Der Berliner DKP-Vorsitzende Rainer Perschewski erklärt zur Kampagne gegen das sowjetische Ehrenmal: „Die Kriegshetze gegen Russland kennt in Deutschland keine Grenzen mehr. In dem Jahr, an dem sich der deutsche Einmarsch in Polen und damit der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal jährt, üben sich Massenmedien und bürgerliche Politiker in Geschichtsklitterung. Nur so ist es möglich, dass die Demontage

eines Denkmals gefordert wird, das an die Befreiung Deutschlands durch die sowjetische Armee erinnert.“

Perschewski weiter: *„Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im Zuge des Anschlusses der DDR völkerrechtlich verpflichtet, die sowjetischen Friedhöfe und Kriegsdenkmäler zu bewahren und zu pflegen. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung und vom Berliner Senat, dass sie sich klar und eindeutig zum Erhalt des vollständigen sowjetischen Ehrenmals am Tiergarten und*

aller Gedenkstätten für die Befreiung vom Faschismus bekennen.“

Die DKP ruft dazu auf, die bevorstehenden Ostermärsche der Friedensbewegung, den 1. Mai und vor allem den Jahrestag der Befreiung am 8./9. Mai zu nutzen, um gegen die neuerliche Kriegshetze und russophobe Propaganda zu protestieren. „Unser Dank an die Sowjetsoldaten, die Europa Freiheit und Frieden gebracht haben, ist heute aktueller denn je. Denn es war die Zerschlagung der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas, die die dramatische Lage, die wir heute in der Ukraine erleben, erst möglich gemacht haben“, so Perschewski abschließend.
DKP Berlin

▶ Solidarität mit den verfolgten ukrainischen Kommunisten!

Die ukrainischen Kommunisten werden von der Putschregierung schwer verfolgt. Ihre Büros sind in der Westukraine von den Faschisten besetzt. Der Sitz des Zentralkomitees in Kiew wurde niedergebrannt. Die Mitglieder der Partei und ihre Familien sind Repressalien ausgesetzt. In den Gebieten, die unter Kontrolle der Putschisten stehen, ist die KPU faktisch verboten. Ihre Abgeordneten werden im Kiewer Parlament verprügelt. Klitschko fordert die Aufhebung ihrer Immunität. In der Westukraine muss die Partei weithin unter illegalen Bedingungen arbeiten. Der Faschismus darf nicht durchkommen!

Jetzt ist Solidarität gefordert!
Die DKP ruft zur Solidarität mit den ukrainischen Genossinnen und Genossen auf.

Spendet auf das Solidaritätskonto der DKP!

Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Konto 253 525 502
IBAN: DE93 3701 0050 0253 5255 02
BIC: PBNKDEFF
Stichwort: KPU